

WAHLPRÜFSTEINE

mit Fragen an die Parteien zur Landtagswahl

am 08.10.2023 in Hessen

DIE LINKE HESSEN

Position zu Natürlichen Auen

Auenlandschaften sind nicht nur wichtige Lebensräume für zahlreiche schützenswerte Arten, sie sind auch entscheidend für die Selbstreinigungsfähigkeit von Fließgewässern. Zudem spielen Auen im Hochwasserschutz eine zentrale Rolle und können als CO₂-Senken fungieren. Leider wird auch in Hessen die Europäische Wasserrahmenrichtlinie viel zu zögerlich umgesetzt. Die LINKE möchte die Wasserqualität von Fließgewässern durch ein Auenprogramm deutlich steigern und deren ökologische Funktion wiederherstellen bzw. steigern. Besonders problematisch sind an Fließgewässer angrenzende Ackerflächen, vor allem, wenn diese nicht nach Richtlinien des ökologischen Landbaus bewirtschaftet werden. Daher fordert die LINKE, dass Ackerbau an Gewässerrandstreifen verboten werden. Zudem soll ein Flächenkataster zur Rückgewinnung von Auenland angelegt werden. Das Einbringen von Düngemittel- und Pflanzenschutzmitteln soll dort verboten sein, wo diese die Gewässerqualität und Arten des Lebensraums Aue beeinflussen. Besondere Maßnahmen sind in den Auen zum Schutz vor Lichtimmissionen zu ergreifen. Dazu soll das Immissionsschutzgesetz novelliert werden und gerichtsfeste Prüfkriterien zur Anwendung kommen.

Position zu Wasserrückhalt in Wald und Offenland

Spätestens das Aufeinanderfolgen der Trockenjahre 2018, 2019 und 2020 hat deutlich gemacht, dass der Klimawandel nicht nur durch höhere Temperaturmittelwerte, sondern vor allem durch ein gehäuftes Auftreten von Extremwerten gefährlich für den Bestand ganzer Lebensräume und letztlich auch der menschlichen Nahrungsgrundlagen und der Verfügbarkeit anderer natürlicher Ressourcen werden kann. Nicht auszudenken, welche Folgen ein viertes trockenes Jahr in Folge gehabt hätte. Dass es nicht so gekommen ist, war Glück. Dass sich eine längere Folge von Trockenjahren wieder ereignet, wird mit fortschreitendem Klimawandel wahrscheinlicher. Doch die Gefahr von Trockenperioden ist schon gegenwärtig. Agrar- und Forstpolitik der vergangenen Jahrzehnte haben dies -trotz

eindringlicher Warnungen seitens der Klimaforschung- aber weitgehend ignoriert. Ein grundlegendes Umsteuern ist in diesen beiden Politikfeldern dringlichst geboten!

Die LINKE fordert die Einführung eines Wassercent, der zur Sanierung grundwasserabhängiger Lebensräume eingesetzt werden soll. Ebenfalls müssen vielfach wasserbauliche Maßnahmen im Landschaftsraum geschaffen werden, die zum Auffangen von Starkregen dienen. Es muss so viel Niederschlag wie möglich zur Grundwasserneubildung in Wäldern und Offenland verbleiben. Zu den Maßnahmen gehören auch die Förderung von Fruchtfolgen und Agrokulturen, welche die Wasseraufnahmefähigkeit des Bodens auch nach längeren Trockenzeiten erhalten, bzw. deutlich steigern. Darin inbegriffen sind auch die Renaturierung gefasster Quellbereiche.

Position zu Schutzgebieten

Schutzgebiete sind zum Erhalt der Artenvielfalt essenziell. Allerdings stellt der Klimawandel für viele Schutzgebiete in Hessen eine der größten Gefahren dar. Das betrifft besonders häufig stark gefährdete Arten. Nur in seltenen Fällen gehen Schutzkonzepte bisher auf die Auswirkungen des Klimawandels ausreichend ein. Hierin besteht auch eine wissenschaftliche Aufgabe. Die LINKE fordert daher in diesem Punkt eine grundlegende Überarbeitung und Anpassung der Schutzstrategien und -gebiete und damit einhergehend eine globalere Betrachtung der Schutzziele sowie transnationalere Schutzstrategien. Diese sollen auch die Kohärenz durch geeignete Korridore stärker in den Blick nehmen. Da Stickoxiden und Stickstoffdüngung auch in Hessen eine große Bedrohung für gefährdeten Pflanzen und Insektenarten darstellen, sowie die Biozönose in Quellgebieten beeinträchtigen, sind hier deutlich niedrigere Grenzwerte und schärfere Kontrollen nötig.

Natürliche Wälder

Eine möglichst „natürliche Entwicklung“ von Wäldern ist in Hessen bisher nur auf sehr wenigen und nicht zusammenhängenden Flächen möglich. Angesichts der dramatischen Geschwindigkeit des Klimawandels ist ungewiss, welche Auswirkungen dieser auf die Artenzusammensetzung von Wäldern haben wird. Es ist aber nicht unwahrscheinlich, dass Wälder in der Form, wie wir sie heute kennen, in den kommenden Jahrhunderten in Hessen verschwinden werden. Auch wenn naturnahe Wälder deutlich resilienter gegen Extremwetter und Dürreperioden sind, ist die Strategie, die Entwicklung „der Natur zu überlassen“, möglicherweise nicht geeignet, Naturwälder, wie wir sie heute in Hessen kennen, zu erhalten. Bei ungewissem Ausgang von Entwicklungen besteht ein hohes Risiko, dass sich eine einheitliche Strategie als falsch erweisen könnte. Daher forderte die LINKE in Hessen einen Paradigmenwechsel in der Forstwirtschaft. Ein umfassender Waldumbau hin zu einer artenreichen und standortgerechten Zusammensetzung der Gehölze soll erreicht werden. Im ersten Schritt sollen 10% des Staatswaldes in Hessen bis 2030 aus der forstlichen Nutzung

genommen werden. Die forstwirtschaftliche Nutzung wird der Förderung artenreicher, gut strukturierter und gesunder Wälder untergeordnet.

Biotopverbund

Biotopverbünde sind im Offenland essenziell für die Biotopkohärenz und damit Voraussetzung für Wandlungsmöglichkeiten für eine Vielzahl von Arten. In Hessen gibt es nur noch in wenigen Regionen mit weitgehend unzerschnittenen verkehrsarmen und von Lichtimmissionen unbeeinträchtigte Landschaftsräumen. Diese sollen unbedingt erhalten werden. Zudem sollen Maßnahmen ergriffen werden, neue Biotopverbünde im Offenland zu schaffen. Insbesondere sollen öffentliche Feldwege, die in den vergangenen Jahrzehnten illegal von Landwirten „unter den Pflug“ genommen wurden auf ihre Korridorfunktion überprüft und ggf. wieder renaturiert werden.

Forstwirtschaft

Die Bilanz der Forstpolitik Hessens der vergangenen Jahrzehnte ist verheerend. Wie dem Waldzustandsbericht zu entnehmen ist, sind in der Vergangenheit hinsichtlich der Artenauswahl und Bewirtschaftungsformen grundlegende Fehler gemacht worden, die kurzfristig nicht mehr korrigierbar sind. Daher fordert die LINKE in Hessen einen Paradigmenwechsel in der Forstwirtschaft. Ein umfassender Waldumbau hin zu einer artenreichen und standortgerechten Zusammensetzung der Gehölze soll erreicht werden. Im ersten Schritt sollen 10% des Staatswaldes in Hessen aus der forstlichen Nutzung genommen werden. Die forstwirtschaftliche Nutzung wird der Förderung artenreicher Wälder und deren Widerstandsfähigkeit gegen die Folgen des Klimawandels untergeordnet.

Landwirtschaft

Analog zur Forstwirtschaft attestiert die LINKE auch der Landwirtschaftspolitik der vergangenen Jahrzehnte unterm Strich ein Versagen. Durch konventionelle Bewirtschaftung ging die Bodenfruchtbarkeit von Ackerland teils erheblich zurück, die Qualität des Grundwassers ist vielerorts durch Einträge aus der Landwirtschaft gefährdet und sie ist auch ein Mitverursacher des dramatischen Artenrückgangs. Nicht zuletzt verantwortet sie einen Teil des Klimawandels. Fehlentwicklungen sieht die LINKE u.a. in der Industrialisierung der Tierhaltung, in der Verarbeitung von Lebensmitteln zu Treibstoffen und in der Exportorientierung. Das „Ausräumen“ der Feldfluren durch die „Flurbereinigung“ hat die Flächen vielerorts anfälliger für Bodenerosion und Austrocknung gemacht und erheblich zur Verarmung der Artenfülle beigetragen. Diese Entwicklung soll in weiten Teilen rückgängig gemacht werden. Landwirtschaftliche Flächen sollen in Zukunft durch eine Förderung von Mischkulturen wesentlich diverser genutzt werden. Ablehnend steht die LINKE in Hessen der Praxis des Landgrabblings gegenüber. Außerdem sollen Modelle solidarischen Wirtschaftens mit dem Ziel gestärkt werden, kleinere

und unabhängiger Strukturen der Landnutzung zu verbreiten. Die Anzahl der in der Landwirtschaft und im Gartenbau beschäftigten soll in Zukunft wieder zunehmen. Ökologischem Landbau ist gegenüber konventionellen Bewirtschaftungsformen der Vorzug zu geben. Bis 2030 sollen mindestens 30% des Offenlandes durch ökologischen Landbau bewirtschaftet werden. Staatliche Flächen dürfen nur noch an Betriebe verpachtet werden, die ökologischen Landbau betreiben.

Reduktion von Dünger und Pestiziden

Phosphate und Stickstoffverbindungen haben auf den meisten landwirtschaftlichen Flächen in Hessen längst die Belastungsgrenzen überschritten und ihr Einsatz muss schnell und deutlich reduziert werden. Der Einsatz von Glyphosat und anderen Totalherbiziden soll verboten werden. Hersteller solcher Produkte müssen in Zukunft die gesundheitliche Unbedenklichkeit und die kurz- sowie langfristigen Auswirkungen auf Ökosysteme und Arten durch unabhängige Institute wissenschaftlich bestätigen lassen, bevor diese eine Zulassung erhalten. Dies soll behördlicherseits strenger überwacht werden. Für Schäden an Umwelt und Gesundheit sind die Hersteller juristisch zur Verantwortung zu ziehen.

Flächenverbrauch

Der Flächenverbrauch hat in Hessen ein nicht mehr zu verantwortendes Ausmaß angenommen. Die LINKE setzt sich dafür ein, dies mit Nachdruck zu stoppen. Sie fordert eine Netto-Null-Versiegelung bis 2030. Ackerböden mit Bodenwerten über 60 sollen nicht mehr bebaut werden dürfen. Neubaugebiete mit Einfamilienhäusern in Ortsrandlagen sollen nicht mehr zulässig sein. Auch die Ausweisung neuer Gewerbegebiete soll stark reguliert werden. Ziel ist die Reduktion des individuellen Wohnraums und der Stopp des Baus neuer Autobahnen. Dem Ausbau gemeinschaftlich genutzten Wohnraums sowie der Schiene wird der Vorrang eingeräumt.

Naturverträgliche Energiewende

Die LINKE sieht in der Energiewende eine große Dringlichkeit. Sollte es nicht gelingen, dem Klimawandel Einhalt zu gebieten, sind katastrophale Auswirkungen auf die Artenvielfalt die Folge und ein Großteil der Erfolge des Naturschutzes obsolet. Daher lässt sich Energiewende und der Schutz der Natur nicht gegeneinander ausspielen. Die Energieversorgung der nahen Zukunft muss allerdings natur- und sozialverträglich erfolgen. Die Auswirkungen von Windkraftanlagen auf die Artenvielfalt insgesamt und auf gefährdete Arten im Besonderen, sind wissenschaftlich größtenteils gut erforscht und sollen ausschlaggebend für die Standortwahl sein. Die LINKE schlägt vor, einen festen Prozentsatz der aus Windenergie erwirtschafteten Erträge für Artenschutzprogramme zur Verfügung zu stellen. Die Höhe dieser

Abgabe soll abhängig sein vom Gefährdungspotential, das vom jeweiligen Standort und Bautyp der Anlagen ausgeht. Dieses soll wissenschaftlich unabhängig bestimmt und regelmäßig überprüft werden.

Jagd

Die LINKE in Hessen steht der Jagd generell skeptisch gegenüber. Da aber kaum ein Ökosystem in Hessen unbeeinflusst vom Menschen ist, kann eine gezielte Bejagung zum Schutz gefährdeter Arten und Lebensräume dennoch notwendig werden. Es sollte fachgerecht geschult durchgeführt werden. Unter der Jägerschaft gibt es nach Ansicht der LINKEN durchaus einen Anteil, der seine Verantwortung für die Ökosysteme und bejagten Lebewesen ernst nimmt. Diesen Menschen sei für ihr ehrenamtliches Engagement an dieser Stelle Anerkennung ausgesprochen. Einhalt geboten werden soll hingegen einem Verständnis von Jagd als Freizeitvergnügen oder Seitenweg, legal in Besitz von Schusswaffen zu kommen.

Die Jagdgesetzgebung soll hinsichtlich ihrer Novellierung einer gründlichen wissenschaftlichen Evaluation unterzogen werden, welche die formulierten Schutzziele validiert und auch die Auswirkungen des Klimawandels auf die Artenzusammensetzung und Populationsentwicklungen stärker berücksichtigt.